



Berlin, 22. Januar 2020

Begleitmaterial zu Pressestatement nach Spitzengespräch von SPD und GdP

Zahlen und Fakten zu Gewalt gegen Polizistinnen und Polizisten

Die Attacken auf Einsatzkräfte der Polizei, Feuerwehr und auf Rettungssanitäter geschehen längst nicht mehr bei Demonstrationen, Kundgebungen oder Aufzügen, sondern im täglichen Einsatz.

Das Bundeskriminalamt registrierte für 2018 mehr als 34.000 Fälle von Widerstand gegen und tätlicher Angriff auf die Staatsgewalt, im Jahr zuvor waren rund 24.400 – das ist eine Steigerung um 40 Prozent

Angesichts der gestiegenen Delikte wurden in der Statistik 2018 erstmals tätliche Angriffe auf Vollstreckungsbeamte und gleichstehende Personen als eigene Kategorie ausgewiesen: 11.704 Fälle bedeuten pro Tag 32. Rund 10.700 davon entfielen auf Polizeivollzugsbeamtinnen und –beamte, 29 pro Tag.

Laut BKA wurden mehr als 21.600, also fast 60 Polizeibeschäftigte täglich, als Opfer einen tätlichen Angriffs erfasst.

Zielscheibe von Straftätern auch immer öfter Kommunalpolitiker

GdP-Vize Jörg Radek: Auch die Bedrohungslage für Kommunalpolitiker hat sich verschärft. Mehr als 40 Prozent der kommunalen Verwaltungen gaben im vergangenen Jahr laut einer Umfrage von „Report München“ an, Erfahrungen mit Hassmails, Einschüchterungsversuchen oder anderen Übergriffen gemacht zu haben. In acht Prozent der Gemeinde- oder Stadtverwaltungen kam es demnach zu körperlichen Attacken.

Seit Jahren beklagt der Deutsche Gewerkschaftsbund und jetzt jüngst auch der Deutsche Beamtenbund eine flächendeckende Zunahme von Übergriffen auf Beschäftigte im öffentlichen Dienst. Demnach sind nicht nur Einsatz- und Rettungskräfte vermehrt Ziel verbaler und physischer Attacken, sondern auch Beschäftigte in Krankenhäusern, Bürgerämtern, Zulassungsstellen oder Jobcentern. Die GdP unterstützt den DBB-Vorstoß, Übergriffe statistisch zu dokumentieren. Damit können viel besser Präventions- und Schutzmaßnahmen ergriffen werden.

Kontakt:
Gewerkschaft der Polizei
Bundesvorstand - Kommunikation
Stromstraße 4, 10555 Berlin
Telefon: 030 399921-113
E-Mail: gdp-pressestelle@gdp.de
Pressesprecher:
Wolfgang Schönwald
Mobil: 0152 27136452
Internet: www.gdp.de
Facebook: [GdP Bundesvorstand](https://www.facebook.com/GdP-Bundesvorstand)
Twitter: [@GdPPresse](https://twitter.com/GdPPresse)

Für den besseren Schutz von Hunderttausenden Kommunalpolitikern ist eine erhöhte Polizeipräsenz erforderlich. Nur in akuten Bedrohungssituationen kann die Polizei jedoch eine Rund-um-Sicherheit leisten. Enge Absprachen zwischen Gefährdeten und unseren Kolleginnen und Kollegen in den Polizeidienststellen können schon viel beitragen.

Und: Rathäuser dürfen hierzulande jedoch keine Festungen sein. So viel Realismus muss sein! Dazu gehört, sich einzugestehen: Die Hemmschwellen zur Gewaltanwendung sinken offenbar dramatisch. Wir erleben das jeden Tag in unserem Dienst. Ist da beispielsweise die Bewaffnung von Bürgermeistern die richtige Antwort? Wir sagen: Nein! Selbstbewaffnung ist auch für Kommunalpolitiker keine Lösung.

Was wir brauchen, ist eine massive Abrüstung im gesellschaftlichen Miteinander im Alltag und im Netz.

Die politischen Fehler der Vergangenheit haben uns eingeholt – das radikale Sparen im öffentlichen Dienst und eine jahrelange, vielerorts blauäugige Bildungspolitik. Fürs Erste könnten aber Sicherheitsschleusen, Videokameras oder Alarmsysteme helfen.